



Bayern, Baden-Württemberg, Saarland, Rheinland-Pfalz, Brandenburg, Bremen, Hessen – was ist hier los?

Die Corona-Pandemie verliert mehr und mehr seinen Schrecken. Die Inzidenzzahlen fallen, ebenso die Zahl der toten und der Patienten auf den Intensivstationen. Die Politik führt schrittweise mehr Lockerungen durch.

9 von 16 Bundesländer haben die Prostitution und die Bordelle schon gelockert oder die Öffnungen terminiert: Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Thüringen, Niedersachsen, Hamburg, Berlin, Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern.

Warum sind die obigen Bundesländer so zögerlich?

- Haben Sie die Sexarbeitsbranche vergessen?
- Wollen Sie bewusst die Sexarbeitsbranche benachteiligen? Schlechter stellen als andere Gewerbe?
- Spielt hier schon der Bundestagswahlkampf eine Rolle?
- Warten Sie hier auf Klagen – bevor sie sich selbst bewegen wollen? Um so den Gerichten die Verantwortung zuzuschieben?

Die Folgen dieser Untätigkeit und Mißachtung werden der Staat und die Politik zu verantworten haben:

Lia/Bremerhaven: „Weil ich nicht in einem Bordell arbeiten durfte, habe ich die Kunden zuhause besucht. Einer hat mich dermaßen verletzt, dass ich im Krankenhaus behandelt werden musste.“

Ewe/Frankfurt/Main: „Weil ich nicht in einem Bordell arbeiten durfte, habe ich auf der Straße anschaffen müssen. Entweder ist die Polizei achtlos an uns vorbei gefahren oder stellte uns ein Bußgeld aus. So muss ich noch länger auf der Straße anschaffen.“

Marlies/Berlin: „Weil ich mein kleines Bordell schließen musste und nicht ausreichend Hilfen bekomme, habe ich meine komplette Altersabsicherung verbraucht. Ich habe mir über 30 Jahre lang diese Existenz aufgebaut und habe jetzt fast alles verloren.“

Uwe/Nürnberg: „Ich hab mein Leben lang Steuern bezahlt und mich an alle Gesetze gehalten. Immer war ich nur mit Sexarbeiter*innen zusammen, die den Job freiwillig und selbstbewusst ausgeführt haben. Dass der Staat unsere Branche totschießt und die Bordelle nicht öffnet, untergräbt mein Vertrauen in den Rechtsstaat.“

Wir klagen an:

Staat und Politik sind verantwortlich für die Not und die Gewalt an Sexarbeiter*innen.

Sie zerstören systematisch das Vertrauen der Branche in die staatlichen Institutionen.

Eine weitere Benachteiligung der Prostitution verstößt gegen die Menschenrechte und gegen das Grundgesetz.

**Verabschiedet Euch von der heuchlerischen Doppelmoral –
öffnet endlich die Bordelle!**